

Fördermaßnahmen gesprochen wird, dann sehe ich da eigentlich ein Problem, ob das der Maßstab sein kann.

Wir befürworten die Überweisung in die Ausschüsse. Danke schön.

**Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:**

Danke schön. Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne ... ah, da ist eine Anfrage. Bitte schön. Sie gestatten, Herr Abgeordneter?

**Claus (PDS):**

Für so viel freundliche Einladung bedanke ich mich.

Herr von Ryssel, halten Sie es für möglich, daß wir zur Umsetzung dieses Gesetzes, betreffend das Mansfelder Industriegebiet, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe der Volkskammer bilden könnten, um auf der Grundlage dieses Gesetzes wirksam zu werden? Ich frage Sie deshalb, weil wir voneinander wissen, wo wir zu Hause sind.

**Von Ryssel (Die Liberalen):**

Ich meine, dieser Vorschlag sollte geprüft werden. Dieses Mansfelder Gebiet mit dem Kupferbergbau ist ein echtes Problem. Das ist nicht die Schuld der Belegschaft. Wir wissen, daß der Kupferbergbau seit 1970 eigentlich nicht mehr rentabel war. Er wurde zwangsweise aufrechterhalten, kann sich natürlich nicht mehr durchsetzen. Ich meine schon, hier sollte gemeinsam mit allen versucht werden, Möglichkeiten der Unterstützung für dieses Gebiet zu finden.

(Vereinzelter Beifall bei der PDS)

**Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:**

Danke schön. Keine weiteren Anfragen. Dann spricht nun für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Herr Abgeordnete Nooke.

**Nooke für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Was soll man dazu sagen? Wir sind für die Überweisung in die Ausschüsse. Wir unterstützen das Anliegen. Als Opposition erlauben wir uns ein paar Bemerkungen.

Wir freuen uns, daß man auch in diesem Hause anerkennt, daß nicht nur Marktwirtschaft und freie Marktwirtschaft zu sagen sind, sondern daß auch - das ist seit Jahrzehnten im Bundestag üblich - Planung nötig ist und auch solche Gesetze durchaus nicht die soziale Marktwirtschaft behindern, sondern eine Marktwirtschaft vielleicht sogar zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft machen könnten. Und da sind Verbesserungen in unserem Land natürlich an vielen Stellen nötig.

Um gleich auf das einzugehen, was Herr von Ryssel gesagt hat und was in der Anfrage zum Ausdruck kam: Ich kenne auch Regionen, ich müßte eigentlich auch hier Wahlkampf machen für meine Region, daß ich mich hier einsetze, z. B. im Bezirk Cottbus, Forst, Lauchhammer oder sagen wir Spremberg, Senftenberg - da kann man viele nennen, wo es die gleichen Probleme gibt. Vielleicht am Beispiel Forst einmal das Konkrete, mit diesem Gesetz im Zusammenhang stehende. Es besteht doch generell die Gefahr, daß wir jetzt den Bürgermeistern die Investoren zuschieben und diese sich gegenseitig um den einen Investor bemühen, der so gut wie umsonst den Zuschlag bekommt.

Es wäre doch im Interesse eines solchen Gesetzes und natürlich auch im Interesse der besten Verwertung volkseigenen Vermögens, daß möglichst ein Bürgermeister viele Investoren empfängt und dann entscheiden kann. Um das nun zu gewährleisten, denke ich, ist hier ein wirkliches Konzept nötig und nicht nur die Anmeldung auf den einen potentiellen Investor von vier oder fünf Landräten.

Dazu bedarf es dann meiner Ansicht nach, daß man - bleiben wir beim Beispiel Forst - ein solches Konzept in Auftrag gibt, daß das Geld für eine Studie, für ein Entwicklungskonzept zur Verfügung steht und daß dann die unterschiedlichen Standorte sinnvollerweise den einzelnen Landkreisen oder Städten zugeordnet werden, daß sich entsprechend dem Industriezweig dafür die potentiellen Investoren melden, die dort die Schuhfabrik

oder den Autokonzern oder das Fahrradwerk bauen wollen.

Ich denke, gerade am Beispiel Forst, diese Autobahn, die von Berlin über Cottbus nach Breslau früher gebaut wurde, könnte als erstes zweispurig ausgebaut werden, und dieser Standort ist in der Tat förderungsbedürftig und für viele Investoren in der Tat von höchstem Interesse. Und der sollte nicht unter Wert weggehen.

Es muß z. B. mit diesem Gesetz auch gewährleistet werden, daß dort nicht auf Grund der Konkurrenz der Landräte etwas passiert, sondern durch die Investoren, die den Standort haben wollen, daß meistbietend etwas herauskommt.

Wir können meines Erachtens mit diesem Gesetz nur eine Versachlichung der Debatte feststellen. Ich könnte mich dem Beitrag der Liberalen hier genauso anschließen. Ich denke, daß dies auch die Verantwortung der Regierung zeigt, wenn so ein Gesetz vorgelegt wird und nicht die Debatte von heute früh sich wiederholt, für die man sich eigentlich nur schämen kann, wo Verantwortlichkeiten delegiert werden und gesagt wird: Das ist eben Marktwirtschaft, und damit die Absolution für die Verantwortlichkeit der Minister oder Ministerin erteilt werden soll. So geht es meiner Meinung nach nicht.

Ich verstehe natürlich, daß hier die ganzen Probleme, die auch mit diesem Gesetz zusammenhängen, immer wieder über die Treuhand in weitestem Sinne auch gelöst werden müßten, und ich will bloß noch einmal unterstützen: Es wäre schön, wenn wir das, was alle hier laufend sagen, nun endlich auch tun, daß diese Treuhand arbeitsfähig wird. Wir hatten heute schon zwei, drei Anträge - ich denke an den Handel, ich denke an die Umstrukturierung der Stromwirtschaft. Das sind alles Dinge, die eigentlich über eine arbeitsfähige Treuhand und einen kompetenten Vorstand, der dort zu berufen ist, wenn dann der Verwaltungsrat steht, im wesentlichen eigentlich zu lösen sein müßten; und wie Sie sich erinnern: Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Grüne haben in der Drucksache Nr. 11 und 12 schon sehr zeitig in diesem Haus von der Treuhand geredet, und Sie wissen, wie ich mich dafür eingesetzt habe, damit all dies in Gang und Bewegung kommt. Daß hier Gelder natürlich von DDR- und Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden, wird von unserer Seite begrüßt.

Beim Gesetz ist mir aufgefallen, daß es an einigen Stellen immer wieder auf die Regierung der DDR Bezug nimmt und gleichzeitig auf die Länder. Wenn das so ist, dann bleiben zur Zeit zwei Monate oder nicht einmal soviel. Das muß wahrscheinlich noch einmal übergeprüft werden, ob da nicht etwas umzuformulieren ist oder zumindest Nachfolgeklauseln nötig sind. Sonst würde das irgendwie mein Weltbild hier von der Regierungskoalitionspolitik etwas durcheinander bringen, da es ja sonst immer sehr, sehr fraglich ist, ob überhaupt die Regierung der DDR soviel zu entscheiden hätte.

Ich möchte schließen mit einem Plädoyer für Rahmenpläne und mit einem Plädoyer, in diese Rahmenpläne möglichst auch ökologische Gesichtspunkte einzubeziehen. Wir wissen alle, wie ernsthaft das Problem der Arbeitskräfte, der sozialen Belange ist, aber wir haben gerade bei der Energiewirtschaft auch die ökologischen Aspekte mit einzubringen versucht.

Gerade hier bei den Fördermaßnahmen sollte man wirklich auch davon ausgehen, wo ökologische Katastrophengebiete in unserem Lande sind, und im Zusammenhang mit Raumordnungsgesetz usw. eben Entwicklungskonzepte favorisieren, die hier nicht die Provision der einzelnen Abgeordneten in den Gemeinden oder Stadtparlamenten vielleicht am besten befördern, sondern langfristig der Allgemeinheit dienen. - Danke.

(Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:**

Danke. Gestatten Sie eine Anfrage, Herr Nooke?

**Dr. Förster (SPD):**

Herr Nooke, bevor Ihr Weltbild über die Koalition noch weiter durcheinandergerät, wollte ich Sie fragen, ob Sie den § 12 gelesen haben.